

muß zahlen nach Dem, was er hat; namentlich bin ich auch darum dafür, weil bei der Einkommensteuer eine entsprechende Progression am besten anzuwenden ist. Nun, meine Herren, haben wir die Staatseinkommensteuer, da giebt es keinen § 30, warum haben die gesetzgebenden Körper hier nicht diese Ausnahme gemacht? Ja, meine Herren, das geht ja auch gar nicht, da müßte man doch voraussetzen, daß die Einschätzungscommissionen ihre Aufgabe gar nicht verständen, die sollen sie ja verstehen und das Einkommensteuergesetz giebt den Commissionen Mittel genug an die Hand, das Richtige bei Denen, die keinen festen Sold haben, zu finden. Ein Jeder, der über 1600 Mark Einkommen hat, muß declariren und wird die Declaration nicht anerkannt, so muß er durch seine Bücher oder sonst es nachweisen und schließlich, wenn ein Verdacht auch da noch vorliegt, an Eidesstatt seine Angaben bestätigen. Meine Herren! Ich habe allerdings angenommen, daß hier nur von solchen Communalanlagen die Rede ist, die nach dem Staatseinkommensteuersystem erhoben werden. Leipzig ist vorangegangen, Meissen, auch Freiberg hat jetzt das reine Einkommensteuersystem angenommen. Meine Herren! Da werden die Schätzungen, die für den Staat angenommen sind, auch genau für die Communalanlage angewendet. Nun, was dort richtig ist, muß doch hier auch richtig sein, also wenn man bei der Staatssteuer sich sagt, daß eine Rabattirung ungerecht ist, so ist sie auch ungerecht für die Communalanlagen und dann, meine Herren, bin auch ich der Ueberzeugung und ich kenne es auch aus der Praxis, in Freiberg haben wir schon seit 30 Jahren eine Einkommensteuer für Communalanlagen, daß, wenn Unterschätzungen vorkommen sollten, dieselben vollständig durch Ueberschätzungen ausgeglichen werden. Aber, meine Herren, die Rabattirung von 20 Procent ist ja auch außerordentlich hoch. Nehmen Sie an, es hat Jemand in Wirklichkeit 4000 Mark — glauben Sie, daß dieser auf 800 Mark unterschätzt werden kann? Dann wird schon das Mißtrauen rege und man sucht alle Mittel hervor, um zu ergründen, wie es sich verhält. Daß in Freiberg wenig Unterschätzungen vorkommen, das hat sich vielfach gezeigt bei Erbtheilungen; es hat sich erwiesen, daß dort sehr oft überschätzt worden war. Ein großer Uebelstand ist es aber auch, meine Herren, daß dieser Paragraph zur Defraudation führt, er demoralisirt. Mir ist es vorgekommen, daß Steuerpflichtige mir ganz offen gestanden und sagten, daß ihr Einkommen in Wirklichkeit so und so hoch sei; daß sie aber, da dies auf Wahrheit beruhe, vorher 20 Procent abgezogen hätten, dies mit demselben Recht zu thun glaubten, wie es bei den Festbesoldeten geschehe. Meine Herren! Das sind freilich Ansichten, die ich nicht theile. Aber es geschieht. Die Gesetzgebung giebt es ihnen an die Hand.

Der Herr Abg. Bönisch hat gesagt, es würde durch Beseitigung des § 30 ein großer Theil der Einwohner zu Gunsten anderer geschädigt werden. Ja, das geschieht eben durch § 30 der revidirten Städteordnung. Dadurch werden die Gewerbtreibenden, alle Die, die keinen festen Sold haben, geschädigt. Herr von Dethschlängel hat schon vorhin angeführt, daß bei Berg- und Hüttenleuten auf den Pfennig nachgewiesen werden kann und wird, wieviel sie im Jahre Lohn erhalten haben; daß aber trotzdem bei diesen keine Rabattirung stattfindet. Auch hieraus erschen Sie, daß der § 30 beseitigt werden sollte. Leider soll es noch Bezirke geben, in denen die Einschätzung für die Staatssteuer sehr oberflächlich behandelt wird. Die Behörde schenkt aber diesem Verwaltungszweig besondere Aufmerksamkeit. Vorsitzende, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, werden beseitigt und andere, die das Gesetz richtig auffassen, an ihre Stelle gebracht. In Freiberg hat die Erfahrung gelehrt, daß die Steuerpflichtigen sich ihrer Pflicht bewußt werden. Sie wissen, wenn sie falsch declariren, daß sie einen Diebstahl begehen.

Meine Herren! Wenn § 136 keine Anwendung erleiden sollte, würde ich mich allerdings dem Antrage Sieboth anschließen. Ich mußte das besonders erklären, weil ich Mitglied der Gesetzgebungsdeputation bin.

Präsident Haberkorn: Wenn Niemand weiter das Wort . . . Herr Abg. Kirbach!

Abg. Kirbach: Meine Herren! Es war nicht meine Absicht, zu diesem Gegenstand das Wort zu ergreifen, und ich würde davon auch vollständig abgesehen haben, wenn der Herr Abg. Sieboth nur einigermaßen einen seinen Argumenten entsprechenden Antrag gestellt hätte. Allein nach Allem, was sowohl von dem Herrn Abg. Sieboth, als von dem Herrn Abg. von Dethschlängel und von dem Herrn Abg. Müller gesagt worden ist, finde ich ihn äußerst inconsequent und erblicke eine ganz unnöthige Schüchternheit darin, diese nach den Auseinandersetzungen der Herren doch vollberechtigte Petition ganz einfach bloß der Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen. Ich werde also, da ich doch auch wenigstens einigermaßen von der Schüchternheit angesteckt bin, zwar nicht dazu kommen, was ich für berechtigt halte, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung, aber doch wenigstens zur Erwägung zu empfehlen, damit doch einigermaßen der Antrag Hand und Fuß hat und den Argumenten entspricht. In der Sache selbst kann auch ich bloß bedauern — ich wiederhole, was, wenn ich nicht irre, vom Herrn Abg. Sieboth geäußert worden ist —, daß wir erst die revidirte Gemeindeordnungs- und Einkommensteuergesetz. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn die